



Allgemeiner Verein für gerechte Kommunalabgaben in Deutschland e.V.

Gesprächsnotiz:

Niedersächsischer Städtetag-GF Dr. Jan Arning 07.11.2015

Teilnehmer:

Herr Dr. Jan Arning – Geschäftsführer Niedersächsischer Städtetag (ab 11.03.2015)

Herr Harald R.H. Beckmann-Landesbeisitzer Niedersachsen AVgKD

Herr Werner Eggers-1.Vorsitzender AVgKD

Aufgrund unseres Vortrages über die problematische Finanzierung von Straßenausbaumaßnahmen in der Klosterstraße/Wunstorf beim Bürgermeister, Herrn Eberhardt (Präsidiumsmitglied NST), und der Verwaltungsspitze am 03.11.2015, erhielt der AVgKD kurzfristig die Gelegenheit zu einem Gespräch mit der Geschäftsführung des NST in Hannover am 10.12.2015.

Ausgangsthema war der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des NKAG, des NKommverfG und des NAbfallgesetzes, der für eine Verbandsbeteiligung von der Nds. Landesregierung Anfang November 2015 freigegeben worden war.

Speziell die beabsichtigte Wiedereinführung von „Wiederkehrenden Beiträgen“ bei Straßenausbaumaßnahmen, hat unsere Kommentierung notwendig gemacht, da die Fraktionen des Nds. Landtages bisher unsere Vorschläge offiziell nicht beantworten oder die Regierungsentscheidung abwarten.

Auch der NST, in kooperativer Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund traut sich nicht an einem juristischen Diskurs teilzunehmen und wird der Empfehlung der Verwaltungsspitzen ohne Widerspruch folgen.

Nach diesen Planvorgaben soll die Einführung von wiederkehrenden Beiträgen noch vor der Kommunalwahl im September 2016 vorgenommen werden.

Da sogar der Innenminister, Boris Pistorius / SPD, damit eine Verbesserung des finanziellen Gestaltungsspielraumes der Kommunen schon in der Präambel definiert hatte, sind die Entscheidungswege klar vorgegeben.

In unserem zweistündigen Gespräch haben wir die allg. Finanzierung über das Steueraufkommen hervorgehoben und darauf hingewiesen, dass der AVgKD e.V. eine juristische Klärung der ungerechten Straßenausbaubeitragsatzungen im Jahr 2016 plant. Die finanzielle Situation der Gemeinden wird auch vom NST weiterhin als prekär eingeschätzt und eine mittelfristige Entlastung erscheint unrealistisch.

Mehr als 50% der Kommunalhaushalte in Niedersachsen sind massiv unterfinanziert und der NST glaubt nicht das eine Entschuldung im Straßenbau ohne Beitragsabrechnungen möglich sein wird oder ein neuer Länderfinanzausgleich ab 2020, über weitere EU-, Bundes-, bzw. Landesfördermittel, bessere Entschuldungsmöglichkeiten bieten kann.

Der NST ist an einem weiteren Informationsaustausch interessiert und will uns im Referat 3 – Bauausschuss, unter der Leitung von Herrn Jürgen Tiemann, die Möglichkeit für einen Vortrag geben.

Unsere kooperative Zusammenarbeit mit dem VWE und Haus & Grund ist Herrn Dr. Arning bekannt und er steht auch in Zukunft für weitere Gespräche zur Verfügung.

16.12.2015

W. Eggers